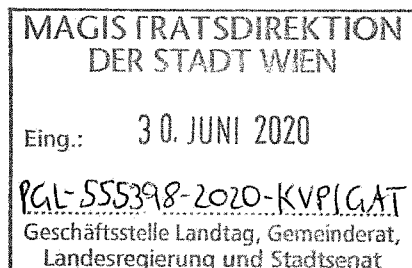


(E)



**Beschluss-(Resolutions-)antrag**

der ÖVP-Gemeinderätinnen Ingrid KOROSEC und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 30.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

**betreffend Steigerung Durchimpfungsrate Influenza**

Die COVID 19-Pandemie stellt Österreich und Wien zweifellos vor immense Herausforderungen. Auch wenn sich der Anstieg der Neuinfektionen in Österreich durch die Maßnahmen der Bundesregierung abgeschwächt hat, sind die in Wien auftretenden Infektionszahlen überproportional.

Das maßgebliche Ziel liegt in der Verhinderung einer zweiten Infektionswelle. Besonders im Herbst und Winter sind unzählige Viren im Umlauf. Die COVID-19-Pandemie kann erst vollständig durch einen Impfstoff beendet werden. Im Unterschied zu COVID-19 ist betreffend die Influenza sehr wohl ein Impfstoff vorhanden. Die diesbezügliche Durchimpfungsrate ist allerdings sehr niedrig.

Insbesondere durch das gleichzeitige Auftreten mit COVID-19 und dem hier fehlenden Impfstoff muss die Durchimpfungsrate hinsichtlich der Influenza jedenfalls erhöht werden, um so die Kapazitäten im Spitalsbereich zu entlasten. In erster Linie muss dies durch Bewusstseins-schaffung gelöst werden und sollte durch dementsprechende Kampagnen erreicht werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Durchführung jeglicher Maßnahmen aus, durch die die Bewusstseinsbildung innerhalb der Bevölkerung betreffend die Steigerung der Durchimpfungsrate hinsichtlich der Influenza Impfung erhöht wird.

Die Stadt Wien muss Maßnahmen setzen, um die Durchführung von Impfungen durch die durchführenden Stellen der Stadt zu erleichtern.

Diese Maßnahmen müssen so zeitnah wie möglich erfolgen, um bereits für die heurige Influenzasaison die Durchimpfungsrate zu steigern

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages an den Gemeinderatsausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport verlangt.

Wien, 30.06.2020